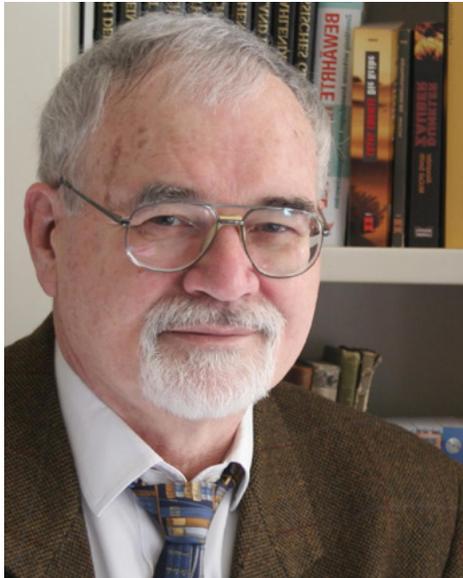


Editorial

Liebe Leserin und Leser,

allen unseren Leserinnen und Lesern ein gesundes, glückliches und erfolgreiches Neues Jahr wünscht die Mannschaft der „Wohnungswirtschaft-heute“-Redaktion! Nun haben wir sie wieder, die alte Regierung mit neuem Farbspiel: statt Schwarz-Gelb jetzt für die nächsten vier Jahre Schwarz-Rot. Nicht nur die Farbmischung setzt Akzente, sondern auch unsere neuen Minister/innen. An der Spitze die bisherige und neue Kanzlerin. Sie ist nicht nur die erste Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch eine Politikerin, die allein durch politische Untätigkeit das Wählervolk so beeindruckt hat, dass es sie wieder wählen musste. Kein Kanzler vor ihr hat das geschafft.



Hans Jürgen Krolkiewicz, Foto privat

Liest man den Koalitionsvertrag, stellt man schnell fest, dass weder von Rot noch von Schwarz die Probleme der Zukunft ernsthaft angegangen werden. Es entsteht der Eindruck, allen Politikern sind allein die Kreuze auf dem Wahlzettel wichtig, nicht jedoch die Vorstellungen dieser Wähler. So sprachen vor der Wahl viele Politiker vollmundig davon, ihre kommende Regierung würde sozialverträglich bezahlbaren Wohnungsbau fördern, die nahezu monatlich steigenden Energiepreise zu drosseln, die Altersarmut zu bekämpfen und die Jugend sinnvoll zu fördern (man hat „aus Versehen“ die Erhöhung des BAföG „vergessen“). Leider stehen im Regierungsprogramm zu den vorher gemachten Versprechungen nur warme Worte, unterschwellig immer mit dem Hinweis, die notwendigen Maßnahmen allein vom Konjunkturverlauf und der Beschäftigungszahl abhängig zu machen. Eigentlich ist ein solcher Verweis eine Bankrotterklärung der sich etablierenden Koalition. Einst war der geförderte Wohnungsbau das Aushängeschild deutscher Regierungen. Es ist damit zu rechnen, dass in den kommenden vier Jahren Fördermittel, mit dem Hinweis auf den Abbau der Staatsverschuldung, für den Wohnungsbau immer mehr

zurückgefahren werden. Stattdessen fördert man Industrieinteressen intensiver, beispielsweise mit einer Verschärfung der EnEV 2014. Gebäude werden noch intensiver unter dicken Dämmstoffpaketen verschwinden, immer mit dem Argument, die Umwelt damit besser zu schonen. Dafür werden Dämmstoff herstellende Produzenten, da sie zur Dämmstoffproduktion intensiv Strom nutzen, von der Ökozulage freigestellt. Zusätzlich erhalten Kohlekraftwerke Fördermittel, wie beispielsweise die urzeitlichen Braunkohlenverarbeiter. Die Erzeugung Erneuerbarer Energien dagegen werden kontingiert.

Nach dem bekannten Zitat „Lieb Vaterland, magst ruhig sein“ handelt die neue Regierung auch, wenn es darum geht, Banken, Unternehmen und Beamte für ihre allenthalben sichtbare Gleichgültigkeit bei der Verwendung öffentlicher Gelder in Regress zu nehmen. Die sogenannte „Eurokrise“ haben allein Banken verursacht, mittlerweile wird ihr Verhalten von der Europäischen Zentralbank sogar gefördert, indem sie faktisch keine Zinsen für Anleihen zahlen müssen. Dagegen wird der Verbraucher von den gleichen Banken in bisher nicht vorstellbarer Größe zur Kasse gebeten. Was auch bei kommunalen Abgaben sich abzeichnet.

Hans Jürgen Krolkiewicz

Wie immer, bietet die führende Fachzeitschrift der Wohnungswirtschaft technisch fundierte Beiträge, wie sie bei Printmedien kaum zu finden sind. Und Sie können jederzeit in unserem Archiv auf alle früheren Hefte zurückgreifen, ohne umständlich suchen zu müssen. So etwas bietet ihnen bisher kein anderes Medium der Wohnungswirtschaft. Unser nächstes Heft 39 erscheint am 29. Januar 2013

PS: Sie sind anderer Meinung? Lassen Sie es mich bitte wissen!